

Pax Christi Trier:

## **Militarisierung an den bundesdeutschen Schulen oder die Bundeswehr macht Schule**

Eine Bevorzugung von militärischer Sichtweise in Fragen des Friedens und der Sicherheit moniert Pax Christi im Bistum Trier. Anlass ist eine Reihe von Verträgen zwischen Kultusministerien und Wehrbereichsverwaltungen zum Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen und in Referendarsausbildungen. „Das Militär wird gesellschaftlich immer gegenwärtiger“, analysiert der Vorstand der Bistumsgruppe.

Besonders deutlich werde dieser Trend in der Präsenz der Bundeswehr an den Schulen: Im Jahre 2007 haben 94 hauptamtliche und 300 nebenamtliche Jugendoffiziere in mehr als 8.000 Veranstaltungen an Schulen ca. 173.000 Schüler über die Ziele der Bundeswehr "informiert". Die Schüler hatten Gelegenheit, in einem Planspiel eine Sitzung des NATO-Rates zu simulieren oder in einem Simulationsspiel POL& 15 die Drohung mit Atomwaffen spielerisch zu erfahren. Ein Szenario lautet: Deutschland und Japan stehen vor dem Exitus, weil es keine Rohstoffe mehr gibt.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums soll den Schülern "spielerisch" vermittelt werden, "warum Staaten Konflikte austragen" und "warum Ressourcenknappheit einen Staat ruinieren kann". Die spielerische Erfahrung der Notwendigkeit von Militäreinsätzen werde vielfach ergänzt durch Besichtigungen von militärischen Einrichtungen und hochmodernem Kriegsgerät. In einigen Bundesländern gibt es inzwischen Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien, die den regelmäßigen Besuch der Jugendoffiziere regeln.

In der Erklärung heißt es weiter: "Der Angriff des Militärs auf die Schulen ist die Spitze des Eisberges einer schleichenden Militarisierung der deutschen Gesellschaft. Ein Meilenstein war dabei die Änderung der militärischen Zielsetzung: Es geht nicht mehr um Landes-, sondern um Interessenverteidigung. Dies wird in der NATO-Doktrin und in den Verteidigungspolitischen Richtlinien deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Interessen reichen dann von der "Sicherung" des Zugriffs auf Rohstoffe und des sog. freien Welthandels, über militärische Einsätze gegen MigrantInnen bis hin zur Durchsetzung geostrategischer Interessen.

Entsprechend wird die Bundeswehr zur Interventions- bzw. - grundgesetzwidrig - zur Angriffsarmee umgerüstet. Vor diesem Hintergrund sind die Rollenspiele um Rohstoffe kein Zufall, sondern Ausdruck der Entschlossenheit, wirtschaftliche und politische Ziele aggressiv durchzusetzen". (Ökumenischer Informationsdienst 93, Frühjahr 2010)